Editorial

1832 versammelte sich die damalige bürgerliche Opposition auf dem Hambacher Schloss in der Rheinpfalz, die damals zu Bayern gehörte. Sie forderte nationale Einheit – das heutige Deutschland war bekanntlich in viele Einzelstaaten zersplittert –, Freiheit und Volkssouveränität.

In dieser Tradition steht der Hauptschwerpunkt dieser Ausgabe der FIFF-Kommunikation. Im Rahmen der Demonstration Freiheit feiern – Rettet die Grundrechte am 9. September 2017 auf dem Gendarmenmarkt in Berlin luden Juliane Krüger und Rainer Rehak zur Festtafel der Freiheit. Reden der Festteilnehmer.innen thematisierten die Ziele und Herausforderungen, denen sich eine modern verstandene Freiheit heute stellen muss: Informantenschutz, Zivilgesellschaft, Transparenz, Überwachung, Grundrechte. Dabei wurde immer wieder auf die historischen Wurzeln der Freiheit Bezug genommen, die versuchte, sich im Hambacher Fest nach der vorangegangenen Restauration des Wiener Kongresses Bahn zu brechen. Freilich war es – wie wir heute wissen – noch ein langer Weg bis zu einer freiheitlichen Gesellschaft. Das Erreichte ist aber auch heute wieder von mehreren Seiten bedroht – wir müssen immer wieder dafür eintreten und es schützen.

Juliane Krüger und Rainer Rehak leiten den Schwerpunkt ein und geben einen Überblick über Verlauf, Reden und Lieder an der Festtafel, die wir im Anschluss daran dokumentieren. Sie stellen dabei auch das Hambacher Fest im historischen Kontext dar.

Die Demonstration Freiheit feiern – Rettet die Grundrechte, die von rund 50 Organisationen der Zivilgesellschaft getragen wurde, war der Rahmen, in dem die Festtafel stattfand. Auch deren Inhalt dokumentieren wir in diesem Heft in einem zweiten, kurzen Schwerpunkt – nach einer kurzen Einleitung sind einige der dort gehaltenen Reden nachzulesen.¹

Datenschutz ist und bleibt ein zentrales Thema des FIFF - dies schlägt sich im dritten Schwerpunkt dieser Ausgabe nieder. In einem ausführlichen Interview gibt der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Lutz Hasse, Einblick in die Herausforderungen des Datenschutzes durch die am 25. Mai 2016 in Kraft getretene Europäische Datenschutzgrundverordnung. Aus seiner Sicht gibt Deutschland gerade die bisherige Vorbildfunktion für den Datenschutz auf: "Deutschland hatte immer ein hohes Datenschutzniveau und war sozusagen Vorturner im Datenschutzrecht, aber jetzt verlagert sich das auf die europäische Ebene." Auch die Offenheit der Verordnung und das Agieren der Bundesregierung bei der Weiterentwicklung und nationalen Anpassung des Datenschutzrechts sieht er kritisch: "Ich hatte mir von der Datenschutzgrundverordnung erhofft, dass sie nicht so viele Öffnungsklauseln und Einschränkungsmöglichkeiten enthält. Und dann noch die inzwischen zerstörte Hoffnung, dass der Bundesgesetzgeber die Öffnungsklauseln national nutzt, um das Datenschutzniveau zu heben."

Martin Rost vom *Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz* (ULD) Schleswig-Holstein kritisiert in seinem Beitrag *Bob*,

es ist Bob! bei analytisch bedeutsamen Kenntnissen des Datenschutzes Defizite im FIfF und fordert mehr ernsthaftes Interesse dafür. Die Kritik untermauert er anhand von einigen Veröffentlichungen der letzten Zeit. Aus seiner Sicht nimmt Datenschutz die Risiken erzeugende Machtasymmetrie zwischen Organisationen und Personen zum Ausgangspunkt. Auf dieser Basis entfaltet er seine Sicht des Datenschutzes, die durch das Standard-Datenschutzmodell (SDM) operationalisiert wird, das durch den Arbeitskreis Technik der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder erarbeitet wurde.

40-jähriges Jubiläum feiert unsere Partnerorganisation *Deutsche Vereinigung für Datenschutz* (DVD), der wir mit einem Grußwort herzlich gratulieren.

Architektur als Politik und als Kunst, so ist der Beitrag von Dagmar Boedicker zu Forensic Architecture (FA) überschrieben. Forensic Architecture ist eine Forschungsgruppe, deren Gegenstand häufig die Architektur ist, die dabei aber Staatsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen die Umwelt und die Demokratie untersucht. Auf den einleitenden Beitrag folgt ein Interview mit dem Gründer und Leiter von Forensic Architecture, Eyal Weizman.

Aus der Ausgabe 218 der Zeitschrift **vor**gänge, die sich mit der Frage Rückkehr zum gerechten Krieg? auseinandersetzt, stammt der Beitrag von Bernhard Koch und Niklas Schörnig: Autonome Drohnen – die besseren Waffen? Die Autoren geben darin einen kurzen Überblick über die Entwicklung dieser Systeme und stellen die ethischen Streitfragen vor. Wir verbinden das mit dem Hinweis auf die genannte Schwerpunktausgabe, die sicherlich auch für FlfFerlinge interessant sein dürfte.

Diese Ausgabe enthält einen ersten Bericht von der FIfF-Konferenz 2017: *TRUST – Wem kann ich trauen im Netz und warum?*, die im Oktober 2017 in Jena stattfand. Nach einem Kurzbericht dokumentieren wir die Mitgliederversammlung und die Reden bei der Verleihung des *FIfF-Studienpreises*. Eine ausführliche Dokumentation der bei der Konferenz gehaltenen Vorträge planen wir für die kommende Ausgabe der *FIfF-Kommunikation*.

1947 starb der Autor *Wolfgang Borchert*. Sein wütender Appell gegen den Krieg bildet (auszugsweise) unseren SchlussFIfF: *Dann gibt es nur eins!*

Dieser Ausgabe beigelegt ist das Dossier *Transhumanismus und Militär*, das wieder in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift *Wissenschaft und Frieden* entstanden ist und von *Hans-Jörg Kreowski* ediert wurde. Transhumanismus ist eine weltweite philosophisch-futuristische Bewegung mit dem Ziel, die physischen und intellektuellen Grenzen heutiger Menschen zu überwinden. Neben vielerlei zivilen Motiven, die von der Bekämpfung von Krankheiten bis zur Unsterblichkeit reichen, geht es insbesondere auch um Anwendungen im militärischen Bereich. Eine gängige Vorstellung dabei ist, dass Soldaten und Soldatinnen zu

Kampfmaschinen mutieren, die angstfrei, skrupellos und mit potenzierten Kräften ihre Feinde bekämpfen und töten. Die militärischen Aspekte und Elemente des Transhumanismus werden vorgestellt und kritisch beleuchtet. Drei Wissenschaftsbereiche spielen dabei eine besondere Rolle: die Gentechnik, die Künstliche Intelligenz und die Nanotechnologie.

Das Dossier enthält Beiträge von Roland Benedikter, Christopher Coenen, Hans-Jörg Kreowski, Robert Ranisch, Alexander Reymann und Stefan Lorenz Sorgner.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre – und viele neue Erkenntnisse und Einsichten.

Stefan Hügel für die Redaktion

Anmerkung

Leider lagen uns nicht von allen Reden Manuskripte vor.
Einige Reden wurden frei gehalten.



Der Brief

"Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren"

erschienen in der FIFF-Kommunikation, herausgegeben von FIFF e.V. - ISSN 0938-3476 www.fiff.de

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FIfF

nein, die Wahl der Überschrift dieser Kolumne – die Begründung der FDP, die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen abzubrechen – soll keinerlei Parteipräferenzen andeuten, weder des Autors noch des FIFF.¹ Doch wo sie recht haben, haben sie recht.²

sein, warum rechtspopulistische Parteien, die in Teilen eindeutig rassistische und nationalchauvinistische Positionen vertreten, dermaßen erfolgreich sind – nicht nur in Deutsch-

and, in einigen anderen Staaten noch deutlich stärker.



Falsches Regieren: Politische Geschmeidigkeit

Auch wenn sich die Grünen vo fernt haben – Petra Kelly, die in worden wäre und auf die sich i fen, spielte bekanntlich bereits f

dass sie der Agenda der anderen Parteien so weit entgegenkommen würden, dass damit die Basis für eine gemeinsame Regierung geschaffen wäre. Um die Sicherheitspolitik und die Bürgerrechte als ein Beispiel herauszugreifen: Ein Konstantin von Notz, der in der Bürgerrechtsbewegung große Anerkennung genießt, gemeinsam in einer Regierung mit Thomas de Maizière

Oder doch? Stephan Hebel schrieb in der Frankfurter Rundschau: "[Die Grünen] können sich nun bei der FDP bedanken, dass sie ihre weitgehende Abdankung als öko-soziale Partei vorerst nicht in einen Koalitionsvertrag schreiben müssen."³ Also: Noch einmal Glück gehabt?

Und so wird es wohl wieder – Stand Anfang Januar – zu einer "Großen" Koalition kommen. Zu hoffen bleibt, dass die SPD weiß, was sie tut. Der Absturz ihrer Schwesterpartei PvdA (*Partij van de Arbeid*) in den Niederlanden, um nur ein Beispiel zu nennen, von 24.8 % auf 5.7 % sollte mahnendes Beispiel sein ⁵

Der Aufstieg der AfD geriet angesichts der "Jamaika"-Verhandlungen kurzzeitig fast in Vergessenheit, nachdem der Partei im Vorfeld der Wahl großes öffentliches Interesse zuteil wurde – manche meinen, die exzessive Berichterstattung und die regelmäßige Einladung in Fernsehdiskussionen hätten das Wahlergebnis gefördert. Wie dem auch sei, es wird zu untersuchen Die etablierten Parteien mögen daraus ihre eigenen Folgerungen ziehen. Wie das Wahlergebnis zeigt, ist aber das Nachah-

ansatzweise in Bayern geschieht, sondern nicht einmal erfolgreich: n schlechtes Wahlergebnis.⁶ Wie cklung bei einigen unserer Nachden abschüssigen Pfad in den Au-

toritarismus und Rechtspopulismus zu verlassen.

Falsches Regieren: Progressiver Neoliberalismus

Die US-amerikanische Philosophin und Feministin Nancy Fraser sieht im Aufkommen des Rechtspopulismus einerseits einen Ausdruck für die Ablehnung des globalen Finanzkapitalismus und seiner sozialen Auswirkungen und zum anderen, darüber hinaus, für die Ablehnung eines progressiven Neoliberalismus, der die neoliberale, "wissensbasierte Wirtschaft" mit progressiven Zielen wie Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus verbindet. "Seither bemänteln – prinzipiell für sehr unterschiedliche Ziele einsetzbare – Ideale wie Diversität und Empowerment neoliberale Politiken, die zu einer Verheerung der alten Industrien mitsamt ihrer Mittelklasse-Lebenswelten der in ihnen Beschäftigten geführt haben", so Fraser⁷, und weiter: "Der Clintonismus ist in hohem Maße mitverantwortlich für die Schwächung der Gewerkschaften, den Niedergang der Reallöhne, die Prekarisierung von Arbeit und den Rückgang ausreichender Alleinverdiener-Einkommen (family wages) zugunsten der "Zwei-Verdiener-Familie"."⁸ Wähler.innen der AfD in Deutschland, des Front National in Frankreich, von Donald Trump in den USA lehnen aus Frasers Sicht den Neoliberalismus und die politischen Eliten, die ihn betreiben, ab. Viele Wähler.innen des Front National waren zuvor Anhänger.innen sozialistischer und kommunisti-